

1 ***Leitantrag der Frauen Union Baden-Württemberg, verabschiedet beim***
2 ***Landesdelegiertentag am 20. Juli 2019 in Urbach***

3
4 **Zeit für Familien, Chancen für Frauen – Entscheidungsfreiheit ermöglichen**

5
6 In den vergangenen Jahren wurde für Familien mit Kindern schon einiges erreicht, um die
7 Rahmenbedingungen für Familien und deren Lebensalltag zu verbessern: Zu nennen sind
8 für die laufende Legislaturperiode auf Bundesebene die Erhöhung von Kindergeld und
9 Kinderfreibetrag, das Familienstärkungsgesetz, das „Gute-Kita-Gesetz“ und die weitere
10 Angleichung der Mütterrente für Mütter, deren Kinder vor 1992 geboren wurden auf jetzt
11 2,5, ab drei Kindern auf 3 Punkte sowie das Baukindergeld und die Einführung der
12 „Brückenteilzeit“.

13
14 Elterngeld und die Erweiterung durch das Elterngeld plus haben sich als Erfolgsgeschichte
15 erwiesen: Die Zahl der Eltern, die sich dafür entscheiden, steigt stetig. Vor allem die
16 Vätermonate haben die traditionellen Geschlechterrollen in der Familie aufgemischt und
17 der Anteil der Väter, die Elterngeld beantragen, steigt.

18
19 Beim Basis-Elterngeld lag das Verhältnis zwischen Müttern und Vätern im vergangenen
20 Jahr bei 3:1, das Elterngeld plus wählten 30 Prozent der Frauen, aber nur 13 Prozent der
21 Männer. Zudem weichen die Zeitspannen des Bezugs deutlich voneinander ab: Mütter, die
22 das Basis-Elterngeld bezogen, beantragten durchschnittlich elf Monate. Beim Elterngeld
23 Plus betrug die Bezugszeit der Frauen 20 Monate. Väter beantragten demgegenüber das
24 Basiselterngeld für durchschnittlich drei Monate, das Elterngeld Plus für 8,9 Monate.

25
26 Dies zeigt: Einerseits sind es also weiterhin die Frauen, die für die Erziehungszeit der
27 Kinder über einen deutlich längeren Zeitraum beruflich zurückstecken oder sogar ganz in
28 der Teilzeit verbleiben – mit negativen Folgen für ihre Altersversorgung. Schon allein aus
29 diesem Grund müssen die Unterstützung und Förderung von Familien mit Kindern und die
30 bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf weiterhin auf der politischen Agenda bleiben.

31
32 Andererseits sind die Zahlen deutlicher Beleg dafür, dass junge Menschen heute Familien
33 und Beruf in Einklang bringen wollen und es wünschen, dass sich beide Elternteile die
34 Erziehung der Kinder teilen. Wir wollen, dass Familien solche Rahmenbedingungen

35 vorfinden, dass sie selbstbestimmt entscheiden können, wie sie die Verantwortung der
36 beiden Elternteile aufteilen wollen.

37

38 Rahmenbedingungen für Familien verbessern

39

40 Um die Rahmenbedingungen für Eltern, die Vollzeit oder vollzeitnah arbeiten und dennoch
41 ausreichend Zeit mit ihren Kindern verbringen wollen, zu verbessern, sind zum einen die
42 Möglichkeiten flexibler Arbeitszeiten und des Arbeitens im Homeoffice weiter
43 auszubauen. Dies würde es im Übrigen auch erleichtern, ältere Menschen zu pflegen und
44 dennoch berufstätig zu bleiben. Hier bietet die Digitalisierung zweifelsohne neue Chancen
45 und Möglichkeiten, wenn diesem Aspekt die ausreichende Beachtung geschenkt wird. Ein
46 erster Schritt ist mit dem Projekt und Wettbewerb des Landwirtschaftsministeriums
47 „familyNET 4.0 – Unternehmenskultur in einer digitalen Arbeitswelt“ getan. Ziel sollte
48 sein, nach dessen Abschluss und Auswertung ein entsprechendes landesweites
49 Förderprogramm aufzulegen, um hier zügig und flächendeckend voranzukommen.

50

51 Um die Familien zu entlasten und zu gewährleisten, dass auch bei unterschiedlicher
52 Aufteilung von Erziehungs- und Erwerbsarbeit kein Elternteil zum Beispiel bei der
53 Altersversorgung benachteiligt ist, bedarf es darüber hinaus neuer Ideen und
54 zukunftsweisender Konzepte. Wir wünschen, dass das Thema mehr Beachtung findet und
55 mutiger angegangen wird. Zu denken ist beispielsweise an ein Lebensarbeitszeitkonto. Ein
56 anderer Hebel könnten Steuererleichterungen sein.

57

58 Gute Qualität der Betreuungsangebote

59

60 Neben den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen kommt es vor allem auf den weiteren
61 Ausbau der Betreuungsangebote an. Eltern sollen diejenige Form der Betreuung ihrer
62 Kinder wählen, die sie wünschen, und nicht aufgrund äußerer Zwänge oder mangelnder
63 Alternativen über Form und Umfang der Betreuung ihrer Kinder entscheiden müssen.

64

65 Erster Punkt ist in diesem Zusammenhang das Angebot. Trotz massiven Ausbaus während
66 der vergangenen Jahre müssen wir konstatieren, dass es in einigen Orten immer noch
67 Probleme gibt, in Wohnortnähe einen Kitaplatz zu finden.

68

69 Vor allem aber geht es um die Qualität des Angebots, sprich eine auskömmliche
70 Ausstattung mit qualifiziertem Personal. Der Beruf der Erzieherin ist von jungen Menschen
71 sehr wohl gefragt, dennoch entscheiden sich gemessen an der Ausbaudynamik der
72 Kinderbetreuung immer noch deutlich zu wenige für diesen Beruf und die Personaldecke
73 ist zu gering. Besonders schwierig ist die Lage in den Städten, in denen die
74 Lebenshaltungs- und Wohnkosten den Gehaltsanstieg auffressen. Daher ist insbesondere
75 in Großstädten eine Zulage oder schnellere Eingruppierung in höhere Gehaltsstufen sehr
76 sinnvoll. Zu denken sind weiterhin an eine Unterstützung bei der Wohnungssuche
77 beziehungsweise die gezielte Schaffung von Wohnangeboten für das Betreuungspersonal.
78 In diesem Zusammenhang sollten die Möglichkeiten, die das Gute-Kita-Gesetz für die
79 Verbesserung der Betreuungsqualität schafft, von den Kommunen zügig genutzt werden.

80

81 Ein weiterer Punkt sind attraktive Ausbildungsbedingungen: Wir fordern freie
82 Unterrichtsmaterialien sowie Verzicht von Gebühren für Prüfungen und Berufspraktikum.
83 Viele wählen die praxisintegrierte Ausbildung (PIA), eine höhere Vergütung in diesem
84 Ausbildungsgang würde es für noch mehr junge Menschen attraktiv machen, diese
85 Berufswahl zu treffen.

86 Für Kita-Leitungen und ihre Stellvertretungen sollen verbindliche und von der
87 Betreuungszeit unabhängige Stundenkontingente für die Konzeptions- und
88 Verwaltungsarbeit festgelegt werden.

89

90 Die Kindertagespflege, also die Versorgung der Kinder durch Tagesmütter und -väter, ist
91 von berufstätigen Eltern gefragt, weil ihr Kind hier eine Bezugsperson hat, die sich intensiv
92 um das Kind kümmern kann. Wir wollen daher, dass die finanziellen und beruflichen
93 Rahmenbedingungen für Tagespflegepersonen verbessert und kommunale Anreize zum
94 Ausbau der Kindertagespflege geschaffen werden. Es kann beispielsweise nicht sein, dass
95 eine Tagesmutter im Falle von krankheitsbedingtem Ausfall selbst für eine Vertretung
96 sorgen und diese finanzieren muss.

97 Zudem fordern wir, dass Eltern, die ihre Kinder im Alter unter drei Jahren in der
98 Kindertagespflege betreuen lassen, keine höheren Hürden auferlegt werden als bei der
99 Unterbringung in einer Kindertageseinrichtung: Eltern haben zwar ein formal Wahlrecht,
100 müssen aber für die Kindertagespflege einen Beschäftigungsnachweis erbringen, wenn das
101 Kind mehr als 20 Stunden in der Woche betreut werden soll. In der Krippe ist dies nicht
102 erforderlich. Angesichts der Tatsache, dass immer mehr Eltern schon nach einem Jahr

103 Elternzeit wieder eine Teilzeitbeschäftigung zu mehr als 50 Prozent anstreben, ist diese
104 Regelung mit dem Beschäftigungsnachweis in der Kindertagespflege nicht mehr
105 zeitgemäß und gehört abgeschafft.

106

107 Schulische Betreuungsangebote ausbauen

108

109 Auch während der Schulzeit, insbesondere bis zum 12. Lebensjahr, sind Eltern auf eine
110 verlässliche ganztägige Betreuung angewiesen. Um es nicht bei einer einfachen
111 Beaufsichtigung bewenden zu lassen, sollen diese unter sozialpädagogischen
112 Gesichtspunkten erfolgen und an jeder Schule angeboten werden. Für die
113 Schulsozialarbeit bedarf es ausreichender Mittel und Qualifizierungsmöglichkeiten der
114 Beschäftigten. Wir wollen darüber hinaus, dass ein an den Zeiten der „Verlässlichen
115 Grundschule“ orientiertes Angebot der Ferienbetreuung in ausreichendem Umfang auch
116 während der Schulferien an oder im Umfeld der Schulen zur Verfügung steht.

117

118 Darüber hinaus darf die Dynamik des Ausbaus der Ganztagschule nicht erlahmen: Wir
119 stellen fest, dass vielerorts das Angebot immer noch geringer ist als die Nachfrage der
120 Eltern. Dabei sollen die Ganztagszeiten flexibel bleiben. Wir begrüßen es daher, dass das
121 Kultusministerium auf die Vielfalt der Formen einen Schwerpunkt legt.

122 Sollte die Bundesregierung einen Rechtsanspruch auf Ganztag in der Grundschule
123 einführen – was wir ausdrücklich befürworten –, müssen die Länder und Kommunen
124 jedoch auch dementsprechend finanziell angemessen und dauerhaft, also nicht nur im
125 Rahmen einer Anschubfinanzierung, unterstützt werden.

126

127 Kurze Wege: Familienfreundliche Stadtplanung

128

129 Bei der Stadtplanung und im Wohnungsbau müssen familienpolitische Fragestellungen
130 eine höhere Beachtung finden. Wir unterstützen es, dass Schulstandorte im ländlichen
131 Raum auch dann erhalten bleiben, wenn die erforderliche Mindestschülerzahl nicht in
132 vollem Umfang eingehalten wird.

133 Um die Ballungsräume zu entlasten, soll ein verstärktes Augenmerk auf neue
134 Arbeitsmöglichkeiten, auch im ländlichen Raum gelegt werden. Dies würde nicht nur den
135 Druck auf den Wohnungsmarkt in den Städten verringern; mittels kurzer Wege gewinnen

136 die Familien darüber hinaus Zeit, die sie sonst im Pendelverkehr verbringen würden, für
137 sich.

138

139 Neue Ideen und Kreativität sind auch im Wohnungsbau gefragt: Großeltern wollen oft
140 gerne Betreuungsaufgaben übernehmen. Wenn gute räumliche Voraussetzungen
141 vorhanden sind, ist das leichter umzusetzen und lassen sich zudem Mieten, Energie- und
142 Lebenshaltungskosten einsparen.

143 Familienfreundliches Bauen – wie zum Beispiel Häuser und Wohnungen für mehrere
144 Generationen oder mit einer flexibel veränderbaren Raumeinteilung und verbunden mit
145 altersgerechten Wohn(anteilen) – soll daher eine besondere Förderung erhalten.

146 Mehr Beachtung sollte auch der Wohnungstausch vor Ort finden: Wir regen an,
147 Kommunen, die hier gute Konzepte entwickeln und einen solchen in funktionierender
148 Weise managen, dafür spezielle Fördermittel zukommen zu lassen und Best Practice
149 Beispiele landesweit bekannt zu machen.

150

151 Zu guten Lebensbedingungen auf dem Land zählen der Ausbau des Betreuten Wohnens
152 und Generationenwohnen auch im dörflichen Umfeld und mehrgeschossiger
153 Wohnungsbau in der Ortsmitte – auch im ländlichen Raum.